



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Weyhe

Herrn
Bürgermeister
Dr. Andreas Bovenschulte
oder Vertreterin im Amt
Rathausplatz 1

28844 Weyhe

Weyhe, den 25. April 2019

Siard Schulz
Kölner Straße 11
28844 Weyhe
Tel.: 0157 85922109
eMail: siardschulz@googlemail.com

Weyhe - Sicherer Hafen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
lieber Andreas,

namens der SPD Fraktion beantrage ich, dass sich die Gemeinde Weyhe mit der Organisation SEEBRÜCKE solidarisch erklärt und zum Sicherem Hafen für Geflüchtete wird. Das bedeutet, dass sich die Gemeinde Weyhe für eine schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geratenen Menschen, zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden, bereit erklärt und alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, zur Verfügung stellt. Gleichzeitig beantragen wir, dass die Gemeinde Weyhe sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung als illegale Schlepperbanden ausspricht.

Begründung:

Als „gelebtes Europa“ war der Lettland-Austausch am 04.04.19 in der Kreiszeitung überschrieben. Ein gelebtes Europa zeichnet sich aber auch durch gelebte Solidarität mit den Mitgliedsstaaten aus, die unter der DUBLIN-III-Verordnung leiden und mit den Menschen, die diese Regelung direkt betrifft. Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen, die fliehen mussten, einen Ort finden, an dem sie in Würde und Rechtsstaatlichkeit leben können. Damit leisten Städte und Gemeinden einen kommunalen Beitrag zur Verbesserung der derzeitigen Lage: Die Abschottungspolitik der EU und die langsame Umsetzung bei der gerechten Verteilung verhindern das Sterbenlassen im Mittelmeer nicht, die DUBLIN-III-Verordnung zeigte sich im Zuge der Vielzahl der ankommenden Menschen als unpraktikabel. Wo europäische Zusammenarbeit auch angesichts immer stärkerer werdender extrem rechter Kräfte versagt, muss kommunale Politik tätig werden. Seit Monaten lässt sich die Blockadehaltung unsolidarischer Mitgliedsstaaten beobachten. Neben dem Ringen um europäische Lösungen, darf deshalb nicht Halt vor kommunalen Lösungen gemacht werden. Die Bekämpfung von Fluchtursachen bleibt damit oberstes Gebot, entbindet aber

nicht von der humanitären Verpflichtung, schnell und unbürokratisch das Leben vieler Geflüchteter im Mittelmeer zu verbessern. Jede Lösung ist besser als keine.

Die dezentrale Unterbringung Geflüchteter in der Gemeinde Weyhe funktioniert sehr gut. Entsprechend kommentierte die Migrationsbeauftragte des Landes, Doris Schröder-Köpf, die Verhältnisse während ihres Besuchs in Weyhe wie folgt: „Wenn es überall so lief wie in Weyhe, hätten wir kaum Probleme“.

Sich nun für eine weitere Aufnahme oberhalb des Verteilungsschlüssels auszusprechen, reiht sich ein in die Weyher Tradition, sich diesen Herausforderungen aktiv zu stellen und diese gut zu bewältigen. Das haben Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in den letzten Jahren bewiesen.

Bislang haben sich 47 Sichere Häfen in Deutschland gefunden. Als erste Gemeinde in Deutschland schloss sich Thedinghausen aus dem Nachbarlandkreis Verden der Erklärung an. Mit breiter Mehrheit und ohne Gegenstimme bei zwei Enthaltungen stimmte der Rat für das Projekt. Sollte Weyhe seine Bereitschaft signalisieren, wäre man die erste Gemeinde im Landkreis Diepholz und würde eine Initialzündung für weitere Kommunen setzen.

Wir bitten um Vorlage im Ausschuss bzw. Rat und Verteilung an die Ratsmitglieder.

Mit freundlichen Grüßen

Siard Schulz